S 20 AY 17/18

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land	Niedersachsen-Bremen
Sozialgericht	Landessozialgericht Niedersachsen-Bremen
Sachgebiet	Asylbewerberleistungsgesetz
Abteilung	-
Kategorie	Urteil
Bemerkung	-
Rechtskraft	-
Deskriptoren	Analogleistungen Asylbewerberleistungen Dublin-Verfahren Ehrenerklärung Grundleistungen Haushaltsenergie offenes Kirchenasyl passiver Widerstand rechtsmissbräuchliche Beeinflussung der Aufenthaltsdauer Überstellungsfrist Untertauchen
Leitsätze	<p>1. Durch einen allein passiven Widerstand gegen eine Abschiebungsmaßnahme (hier die Erklärung am Flughafen, nicht zur Ausreise bereit zu sein) wird die Aufenthaltsdauer in Deutschland nicht rechtsmissbräuchlich selbst beeinflusst iSd § 2 Abs. 1 AsylbLG.</p> <p>2. Der Aufenthalt im sog. offenen Kirchenasyl, um eine Überstellung nach der Dublin-III-VO abzuwenden, stellt keine rechtsmissbräuchliche Beeinflussung der Aufenthaltsdauer in Deutschland nach § 2 Abs 1 AsylbLG dar (Anschluss an BSG, Urteil vom 24.6.2021 - B 7 AY 4/20 R - juris).</p>
Normenkette	AsylbLG § 10a Abs 1 S 1 AsylbLG § 2 Abs 1 AsylbLG § 3 AufenthG § 60a AufenthG § 61 Abs 1d Dublin III-VO Art 29 RBEG 2017 SGB § 27a Abs 4 S 1 Nr 1

1. Instanz

Aktenzeichen S 20 AY 17/18
Datum 05.12.2019

2. Instanz

Aktenzeichen L 8 AY 55/21
Datum 03.11.2022

3. Instanz

Datum -

Auf die Berufung des Klägers werden das Urteil des Sozialgerichts Braunschweig vom 5. November 2019 aufgehoben, der Bescheid des Beklagten vom 14. September 2017 sowie die konkludent durch Auszahlung erfolgten Bewilligungen von Geldleistungen nach [Â§ 3 AsylbLG](#) für die Zeit von September 2017 bis November 2018 in Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 22. November 2018 geändert und der Beklagte verurteilt, dem Kläger für die Zeit von September 2017 bis November 2018 höhere Geldleistungen nach [Â§ 2 Abs. 1 AsylbLG](#) i.V.m. dem SGB XII zu gewähren.

Der Beklagte hat die außergerichtlichen Kosten des Klägers zu erstatten.

Die Revision wird zugelassen.

Â

Â

TATBESTAND

Â

Im Streit sind höhere Geldleistungen nach dem AsylbLG für September 2017 bis November 2018, insbesondere wegen des Vorwurfs eines rechtmisbräuchlichen Verhaltens i.S. des [Â§ 2 AsylbLG](#) aufgrund der Vereitelung einer Abschiebungsmaßnahme und der Inanspruchnahme von Kirchenasyl.

Â

Der 1985 geborene Kläger ist iranischer Staatsangehörigkeit und suchte unmittelbar nach Einreise in die Bundesrepublik Deutschland im Oktober 2015 (u.a. über Griechenland und Kroatien) um Asyl nach. Während des Asylverfahrens war er der im Kreisgebiet des Beklagten

liegenden Gemeinde H. zugewiesen (Bescheid der Landesaufnahmebehörde â€“ LAB â€“ Niedersachsen vom 7.1.2016). Nachdem die Republik Kroatien die Zustndigkeit fr das Asylverfahren anerkannt hatte, lehnte das Bundesamt fr Migration und Flchtlinge (BAMF) den (frmlichen) Asylantrag vom 22.7.2016 als unzulssig ab und ordnete die Abschiebung des KIrgers nach Kroatien an (Bescheid vom 1.11.2016). Der vom KIrger deswegen beim Verwaltungsgericht (VG) Braunschweig gestellte Eilantrag hatte keinen Erfolg (Beschluss des VG vom 22.11.2016 â€“ 2 B 369/16 -).

Die am 25.1.2017 beabsichtigte berstellung des KIrgers nach Zagreb ber den Flughafen Kln/Bonn fand letztlich nicht statt. Dem liegt nach dem Vermerk der LAB Braunschweig vom 26.1.2017 folgender Sachverhalt zu Grunde: Nach Eintreffen der Vollzugsbeamten der LAB Braunschweig in der Unterkunft gegen 3.45 Uhr erklrte der KIrger â€“ verbal sehr aggressiv und fluchend â€“ mehrfach, er werde nicht ausreisen. Nach dem Packen seiner Habseligkeiten, wobei er von Mitbewohnern der Unterkunft untersttzt wurde, trat er die ohne Zwischenflle verlaufende Fahrt zum Flughafen an (Ankunft um 9.50 Uhr). Die Vollzugsbeamten der LAB bergaben den KIrger in die Zustndigkeit der Bundespolizei Kln und checkten das Gepck ein. Im Anschluss wurden sie darber informiert, dass der KIrger auf Befragen der Bundespolizei seine Bereitschaft zum Fliegen verneint und der zustndige Dienstgruppenleiter aus diesem Grund die endgltige bernahme des KIrgers abgelehnt hatte; es fehle ein Beschluss fr das Verbringen des KIrgers zum Flugzeug mittels Zwanganwendung. Nach dem Auschecken des Gepcks und einer kurzen Raucherpause war von den Vollzugsbeamten der LAB die gemeinsame Rckfahrt beabsichtigt, doch der KIrger blieb vor dem Auto trotz mehrfacher Aufforderung still stehen. Da ein gerichtlicher Vorfhrungstermin fr eine eventuelle Abschiebungshaft nicht mehr realisierbar und der KIrger als â€“freier Brgerâ€“ nicht mit Zwang in den Wagen zu verbringen war, traten die Vollzugsbeamten nach Rcksprache mit der Auslnderstelle des Beklagten und dem Landeskriminalamt Hannover allein die Rckfahrt an. Nach Einschtzung der Vollzugsbeamten sprach einer eigenen Rckreise des KIrgers nichts entgegen, insbesondere weil er ber ausreichende Barmittel verfgte. Ihm wurde eine Anlaufbescheinigung fr den Landkreis Peine ausgehndigt.

Der einen Tag spter zur Fahndung ausgeschriebene KIrger meldete sich am 1.2.2017 bei der Auslnderstelle des Beklagten und wurde taggleich in einer Einrichtung der Caritas in I. vorlufig festgenommen. Die zunchst bis zum 10.3.2017 zur Sicherung der Abschiebung angeordnete Haft (Beschluss des Amtsgerichts Peine vom 1.2.2017 â€“ 11 XIV 1099 B -) wurde auf die Beschwerde des KIrgers am 20.2.2017 (vorzeitig) beendet, u.a. weil sein insgesamt lediglich passives Verhalten schon begrifflich den Verdacht nicht begrnden knne, er

würde sich einer (weiteren) Abschiebung durch Flucht entziehen. Das Unterlassen gebotener Mitwirkungshandlungen reiche hierfür nicht aus. Nach den gegebenen Umständen sei der Kläger nach der gescheiterten Abschiebung auch nicht bis zum 1.2.2017 „untergetaucht“ (Beschluss des Landgerichts – LG – Hildesheim vom 14.2.2017 – 5 T 29/17 -).

Ä

Nach Mitteilung der am 2.3.2017 beabsichtigten Überstellung durch die Ausländerstelle des Beklagten nahm die evangelisch-lutherische Stiftskirchengemeinde in J. den Kläger u.a. wegen bereits 2016 attestierter psychischer Beeinträchtigungen (vgl. das Attest und den Bericht des Facharztes für Neurologie, Psychiatrie und Psychotherapie K., I., vom 2.12.2016; dazu auch gleich) in das sog. offene Kirchenasyl auf (Beschluss der Kirchengemeinde vom 22.2.2017). Der Kläger informierte hierüber das BAMF und die Ausländerstelle des Beklagten einen Tag später und teilte seinen Aufenthaltsort mit.

Ä

Nach Ablauf der Überstellungsfrist (am 22.5.2017) nahm das BAMF das innerstaatliche Asylverfahren auf und lehnte den Antrag auf Asylanerkennung nach (erneuter) Anführung des Klägers in der Sache ab (Bescheid vom 12.4.2018). Die hiergegen erhobene Klage hatte keinen Erfolg (Urteil des VG Braunschweig vom 21.6.2018 – 2 A 229/18 -, rechtskräftig seit 31.7.2018). Auf die Aufforderung der Ausländerstelle des Beklagten vom 10.10.2018, sich um die Ausstellung eines Reisepasses oder eines Passersatzpapiers (Laissez-Passer o.Ä.,) zu bemühen und einen Nachweis über die Bemühungen vorzulegen (eine erste Aufforderung vom 26.9.2017 war unter der Anschrift des Klägers postalisch nicht zustellbar), reichte der wegen fehlender Heimreisepapiere seit dem 20.8.2018 mit einer Wohnsitzauflage betreffend die Gemeinde H. geduldete Kläger eine Bescheinigung des Generalkonsulats der Islamischen Republik Iran in Hamburg vom 14.12.2018 über die Beantragung einer (Zweit-)Ausstellung einer Geburtsurkunde ein, deren Vorlage für die Ausstellung eines iranischen Reisepasses vorausgesetzt werde.

Ä

Seinen Lebensunterhalt sicherte der einkommens- und vermögenslose Kläger durch Leistungen nach dem AsylbLG, vom Beklagten bewilligt für Januar 2016 in monatlicher Höhe von 304,62 €, zzgl. Sachleistungen für Unterkunft und Heizung nach [§ 3 AsylbLG](#) durch Bescheid vom 19.1.2016. Im Weiteren erfolgte die Leistungsgewährung ohne schriftlichen Bescheid durch Auszahlung von Geldleistungen am Monatsanfang bzw. am Ende des Vormonats, u.a. für September 2017 bis November 2018 in monatlicher Höhe von 334,00 € (von der Summe der Bedarfssätze nach [§ 3 AsylbLG](#) a.F. von 354,00 € wurde

ein Betrag von 20,00 € je Monat wegen der in der Unterkunft zur Verfügbung gestellten Haushaltsenergie abgezogen). In dieser Zeit war der Kläger wegen seiner psychischen Beeinträchtigungen dreimal mit der Diagnose einer posttraumatischen Belastungsstörung (PTBS) basierend auf Gewalterfahrungen im Iran in fachärztlicher Behandlung (vgl. das nervenärztliche Attest des Facharztes K. vom 22.1.2018). Diese Beeinträchtigungen sowie Suizidversuche waren 2019 Hintergrund von zwei stationären Aufenthalten in dem AWO Psychiatriezentrum, L., bei denen u.a. eine rezidivierende depressive Störung (ICD-10 F33.2) und eine PTBS (ICD-10 F43.1) diagnostiziert wurden (vgl. die Entlassungsberichte vom 13.5. und 26.9.2019).

Â

Am 12.9.2017 beantragte der Kläger, der kurze Zeit später zur Teilnahme an einem Integrationskurs verpflichtet wurde, beim Beklagten die Gewährleistung von sog. Analog-Leistungen nach [Â§ 2 Abs. 1 AsylbLG](#) i.V.m. dem SGB XII, im Ergebnis ohne Erfolg. Zur Begründung führte der Beklagte aus, der Kläger habe seine Aufenthaltsdauer durch seine Weigerung, das zu seiner Abschiebung bereitstehende Flugzeug zu betreten, rechtsmissbräuchlich selbst beeinflusst (Bescheid des Beklagten vom 14.9.2017 in Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 22.11.2018, dem Kläger bekannt gegeben am 28.11.2018).

Â

Die hiergegen am 28.12.2018 erhobene Klage hat das Sozialgericht (SG) Braunschweig u.a. mit der Begründung abgewiesen, der Kläger habe seine Aufenthaltsdauer in Deutschland durch das Vereiteln der Abschiebungsmaßnahme rechtsmissbräuchlich beeinflusst. Sein Verhalten habe sich nicht darauf beschränkt, dass er seiner vollziehbaren Verpflichtung zur Ausreise nicht nachgekommen sei, sondern er habe aktiv seine Abschiebung verhindert, indem er nach der Vorbereitung einer erfolgreichen Abschiebung schließlich nicht in das bereitstehende Flugzeug einstieg und nachfolgend den Flug auch ohne selbst veranlasste Schwierigkeiten absolvierte. Diese Weigerung sei objektiv als ein grob vorwerfbares und sozialwidriges Verhalten und ein schwer wiegender Verstoß anzusehen. Dieses Verhalten sei dem Kläger subjektiv vorzuwerfen, auch wenn die Vollzugsbeamten keine Zwangsmittel ergriffen haben (Urteil vom 5.11.2019).

Â

Gegen diese dem Kläger am 25.11.2019 zugestellte Entscheidung richtet sich seine Berufung vom 19.12.2019 (Aktenzeichen zunächst â€“ L 8 AY 49/19 -), mit der er nach einer Beschränkung des Streitgegenstandes die Zahlung höherer Bedarfssätze bzw. Geldleistungen nach [Â§ 2 AsylbLG](#) für September 2017 bis November 2018 begehrt (Schriftsätze der Prozessbevollmächtigten des Klägers vom 3.2. und 12.5.2020). Er macht

geltend, er habe sich nicht rechtsmissbräuchlich i.S. des [Â§ 2 Abs. 1 AsylbLG](#) verhalten, weder durch die passive Weigerung, den Abschiebeflug anzutreten, noch durch die Inanspruchnahme von Kirchenasyl. Außerdem sei eine Leistungskürzung durch das dauerhafte Vorenthalten von sog. Analog-Leistungen nach [Â§ 2 AsylbLG](#) und der damit einhergehenden Absicherung im Krankheitsfall auf dem Niveau der Gesetzlichen Krankenversicherung (SGB V) bzw. eine nachträgliche Bestrafung von Fehlverhalten nicht mit der Rechtsprechung des BVerfG zu den Sanktionen nach dem SGB II (Urteil vom 5.11.2019 â€“ [1 BvL 7/16](#) -) und der Verfassung ([Art. 1 Abs. 1 GG](#) i.V.m. [Art. 20 Abs. 1 GG](#)) vereinbar.

Â

Der Klânger beantragt schriftsâtzlich sinngemâÿ,

Â

das Urteil des Sozialgerichts Braunschweig vom 5.11.2019 aufzuheben und den Bescheid des Beklagten vom 14.9.2017 sowie die konkludent durch Auszahlung erfolgten Bewilligungen von Geldleistungen nach [Â§ 3 AsylbLG](#) fâ¼r die Zeit von September 2017 bis November 2018 in Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 22.11.2018 zu ândern und

Â

den Beklagten zu verurteilen, ihm â€“ dem Klânger â€“ fâ¼r die Zeit von September 2017 bis November 2018 hâ¼here Bedarfssâtze nach [Â§ 2 Abs. 1 AsylbLG](#) i.V.m. der Anlage zu [Â§ 28 SGB XII](#), hilfsweise nach [Â§ 3 AsylbLG](#), zu gewâhren.

Â

Der Beklagte beantragt schriftsâtzlich,

Â

Â Â Â Â Â Â Â Â Â Â die Berufung zurâ¼ckzuweisen.

Â

Er hâ¼lt die Entscheidung des SG fâ¼r zutreffend.

Â

Die Beteiligten haben sich mit einer Entscheidung ohne mâ¼ndliche Verhandlung durch Urteil einverstanden erklârt (Schriftsâtze vom 9.2. und 11.10.2022).

Â

Wegen der weiteren Einzelheiten wird auf den Inhalt der den KlÄ¼ger betreffenden Verwaltungs- und AuslÄ¼nderakten (jeweils e-Akte) des Beklagten sowie der ebenfalls beigezogenen VorgÄ¼nge des BAMF (zwei Hefter) Bezug genommen. Diese Akten haben dem Senat vorgelegen und sind Gegenstand der Entscheidungsfindung gewesen.

Ä

ENTSCHEIDUNGSGRÄ¼NDE

Ä

Mit dem EinverstÄ¼ndnis der Beteiligten entscheidet der Senat ohne mÄ¼ndliche Verhandlung durch Urteil ([Ä§ 124 Abs. 2 SGG](#)).

Ä

Die form- und fristgerecht ([Ä§ 151 SGG](#)) eingelegte und auch im Ä¼brigen zulÄ¼ssige, insbesondere ohne Zulassung statthafte ([Ä§Ä§ 143, 144 Abs. 1 Satz 2 SGG](#)) Berufung ist begrÄ¼ndet. Das SG hat die Klage zu Unrecht abgewiesen.

Ä

Gegenstand des Verfahrens ist der Bescheid des Beklagten vom 14.9.2017 sowie die konkludent durch Auszahlung erfolgten Bewilligungen von Geldleistungen nach [Ä§ 3 AsylbLG](#) fÄ¼r die Zeit von September 2017 bis November 2018 in Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 22.11.2018 ([Ä§ 95 SGG](#)), mithin die Bewilligung von Geldleistungen nach dem AsylbLG fÄ¼r die Zeit vom 1.9.2017 bis zum 30.11.2018. Der Streit um Leistungen nach [Ä§ 2 Abs. 1 AsylbLG](#) (hier i.d.F.v. 31.7.2016, [BGBl. I 1939](#), a.F.) i.V.m. dem SGB XII anstelle von Grundleistungen nach [Ä§ 3 AsylbLG](#) (hier bezogen auf die Geldleistungen nach [Ä§ 3 Abs. 2 Satz 2 AsylbLG](#) i.d.F.v. 10. und 23.12.2014, [BGBl. I 2187](#) und 2439, i.V.m. der Bekanntmachung des Bundesministeriums fÄ¼r Arbeit und Soziales v. 26.10.2015, [BGBl. I 1793](#), und nach [Ä§ 3 Abs. 1 Satz 8 AsylbLG](#) i.d.F.v. 11.3.2016, [BGBl. I 390](#), jeweils a.F.; zur Verfassungswidrigkeit dieser Leistungen vgl. Senatsbeschluss vom 26.1.2021 â€“ [L 8 AY 21/19](#) â€“ juris, anhÄ¼ngig beim BVerfG â€“ [1 BvL 5/21](#) -) ist nach der Rechtsprechung des BSG ein â€“ wenn auch nicht typischer â€“ HÄ¼henstreit, also Ä¼ber einen Anspruch auf hÄ¼here Geldleistungen (vgl. etwa BSG, Urteil vom 2.2.2010 â€“ [B 8 AY 1/08 R](#) â€“ juris Rn.Ä¼ 10). Die Frage der Leistungsberechtigung nach [Ä§ 2 AsylbLG](#) ist einem sog. Grundlagenbescheid nicht zugÄ¼nglich (anders im Rahmen der AnspruchseinschrÄ¼nkung nach [Ä§ 1a AsylbLG](#) vgl. BSG, Urteil vom 30.10.2013 â€“ [B 7 AY 7/12 R](#) â€“ juris Rn. 14 ff.). Der Antrag des KlÄ¼gers vom 12.9.2017 auf GewÄ¼hrung von sog. Analog-Leistungen war danach im Verwaltungsverfahren nach dem MeistbegÄ¼nstigungsgrundsatz (zur BerÄ¼cksichtigung dieses Grundsatzes bei der Auslegung von Rechtsbehelfen Senatsurteil vom 7.7.2022 â€“ [L 8 SO 277/18](#) â€“ juris Rn. 16

m.w.N.) als (fristgerechter) Widerspruch gegen die konkludent durch Auszahlung von 334,00 €, am 5.9.2017 erfolgte Leistungsbewilligung für September 2017 auszulegen. Der diese Bewilligung in der Sache bestättigende Ausgangsbescheid vom 14.9.2017 sowie alle nachfolgenden Bewilligungen, die monatsweise ebenfalls konkludent durch Auszahlung der Geldbeträge am Monatsanfang (für Oktober bis Dezember 2017 sowie Februar, März und September 2018) bzw. am Ende des Vormonats (für Januar, April bis August sowie Oktober und November 2018) erfolgt sind (vgl. im Einzelnen den mit Schriftsatz des Beklagten vom 23.9.2020 übermittelten Auszug des Fallkontos), sind nach [§ 86 SGG](#) (analog) in das Vorverfahren miteinbezogen worden (vgl. hierzu BSG, Urteil vom 17.6.2008 – [B 8 AY 11/07 R](#) – juris Rn. 10); in zeitlicher Hinsicht erstreckt sich die Verwaltungsentscheidung mithin bis Ende November 2018 (Widerspruchsbescheid vom 22.11.2018). Die für Dezember 2018 und später ergangenen Bewilligungen sind hingegen nicht gemäß [§ 96 SGG](#) Gegenstand des Gerichtsverfahrens geworden, weil die Leistungen nicht zeitlich unbegrenzt, sondern jeweils befristet – „Monat für Monat“ – bewilligt worden sind (vgl. dazu etwa BSG, Urteil vom 17.6.2008 – [B 8/9b AY 1/07 R](#) – juris Rn. 13).

Ä

Die mit dem Ziel, über die bislang gemäß [§ 3 AsylbLG](#) a.F. gewährten Geldleistungen hinaus unter jedem rechtlichen Gesichtspunkt hñhere zu erhalten, erhobene (kombinierte) Anfechtungs- und Leistungsklage ([§ 54 Abs. 1](#) und [§ 56 SGG](#)) ist in statthafter Weise gerichtet auf den Erlass eines Grundurteils i.S. des [§ 130 Abs. 1 Satz 1 SGG](#) (zur Zulässigkeit BSG, Urteil vom 26.6.2013 – [B 7 AY 6/11 R](#) – juris Rn. 11 und Urteil vom 12.5.2017 –